

Wahlergebnisse
aus würt. Oberamtsbezirken

Stuttgart-Stadt: NS 84 531; SPD 59 496; KPD 97 188; ...
Stuttgart-Umgebung: NS 151 611; SPD 10 636; ...
Aalen: NS 6393; SPD 3354; ...
Badnang: NS 10 314; SPD 1335; ...
Balingen: NS 12 960; SPD 4758; ...
Böblingen: NS 9232; SPD 2550; ...
Bretzenheim: NS 5845; SPD 1950; ...
Caltz: NS 9708; SPD 1078; ...
Crailsheim: NS 9055; SPD 942; ...
Ehingen: NS 5907; SPD 347; ...
Ellwangen: NS 4968; SPD 170; ...
Ehingen: NS 15 371; SPD 10 613; ...
Freudenstadt: NS 11 142; SPD 2855; ...
Gaildorf: NS 7532; SPD 320; ...
Geislingen: NS 10 956; SPD 4019; ...
Gerabrunn: NS 11 001; SPD 334; ...
Gmünd: NS 7402; SPD 1262; ...
Göppingen: NS 12 563; SPD 8448; ...
Hail: NS 8891; SPD 1988; ...
Heidenheim: NS 18 001; SPD 6976; ...
Heilbronn: NS 18 287; SPD 19 393; ...
Herrenberg: NS 8248; SPD 395; ...
Horb: NS 4415; SPD 427; ...
Kirchheim: NS 10940; SPD 2640; ...
Königsau: NS 6128; SPD 701; ...
Lampheim: NS 5551; SPD 553; ...
Leonberg: NS 9746; SPD 2902; ...
Leutkirch: NS 6083; SPD 243; ...
Ludwigsburg: NS 15 391; SPD 8145; ...
Marbach: NS 7007; SPD 1863; ...
Maulbronn: NS 8543; SPD 2277; ...
Mergentheim: NS 8376; SPD 336; ...
Münsingen: NS 7117; SPD 591; ...
Nagold: NS 9429; SPD 668; ...
Neudorf: NS 7235; SPD 2867; ...
Neresheim: NS 3693; SPD 216; ...
Neuenbürg: NS 11 227; SPD 3004; ...
Nürtingen: NS 8400; SPD 2497; ...

von Neurath über Deutschlands bedrohte Sicherheit

In einem Sonderdruck aus „Volk und Reich“ (politische Monatshefte, Heft 8, 1933) erscheint ein Aufsatz des Reichsaußenministers Frhr. v. Neurath über Deutschlands bedrohte Sicherheit. Der deutsche Außenminister befaßt sich darin zunächst mit dem sog. konstruktiven Plan Derriots. Das wenige, was er an Abrüstungsvorschlägen enthalte, sei unpräzise und an die Erfüllung von weitestgehenden französischen Sicherheitsforderungen gebunden. Neurath stellt fest, daß die französischen Sicherheitsforderungen nicht der Ausdruck einer etwa vorhandenen politischen oder militärischen Bedrohung Frankreichs sind, denn eine solche existiert nicht. Ihre Erfüllung würde vielmehr der dauernden Beflegung der durch den Ausbruch des Weltkriegs herbeigeführten Mächte- und Besitzverhältnisse in Europa außerhalb der französischen Grenzen dienen. Eine solche einseitige Entwicklung der internationalen Mittel zur Erhaltung des Bestehenden würde dem Grundgedanken des Völkerbundespaktes widersprechen, dem Grundfals einer friedlichen Revision bestehender Verhältnisse in den Artikeln 11 und 19 der Satzung — wenn auch in noch unzureichender Weise — Ausdruck verliehen hat.

An und für sich ist nichts dagegen einzuwenden, daß im Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage Sicherheitsforderungen gestellt werden. Auch Deutschland ist mit Sicherheitsforderungen auf die Abrüstungskonferenz gegangen. Die deutsche Sicherheitsforderung lautet: Gleiche Sicherheit für Deutschland wie für alle anderen! Durch eine einseitige Abrüstung ist Deutschland in einen Zustand höchster nationaler Unsicherheit versetzt worden. Der Reichsaußenminister weist dies an Hand des größten Zahlenmischverhältnisses und des Mischverhältnisses in der Bewaffnung nach. Im Kriegsfalle würde Frankreich mit seinen Bundesgenossen dem 100 000-Mann-Heer Deutschlands rund 10 Millionen ausgebildete Soldaten gegenüberstellen können. Das deutsche Volk ist allzusehr durch vielerlei Mitleid in Anspruch genommen. Wäre das nicht der Fall, so würde die Forderung nach Beseitigung unserer militärischen Unsicherheit, der Ruf nach Sicherheit aller anderen nationalen Lebensäußerungen überdönen. Aber auch so steht hinter der von der Regierung vertretenen Forderung auf gleiche Sicherheit die Nation einmütig und geschlossen. Je länger die Abrüstungskonferenz dauert, je weniger dort die Bereitschaft zu wirklicher Abrüstung auf das Maß der deutschen sich kundgibt, um so stärker muß diese Geschlossenheit und Entschlossenheit des deutschen Volkes werden. Wenn Frankreich mit der größten Armee, der stärk-

sten Flotte der Welt, der stärksten Marine des europäischen Kontinents, mit dem gewaltigsten Befestigungssystem der Erde und einem von Gdingen bis Kattaro, vom Erzgebirge bis zum Schwarzen Meer und bis an die Grenzen Rußlands reichenden, am höchsten militarisierten Bündnisystem Sicherheit in Form völkerrechtlicher Abmachungen fordert, welche Sicherheitsforderungen und mit welcher elementarer Bucht muß sie dann das deutsche Volk vorbringen? Wir werden den Sicherheitsanspruch, wie ihn jede Nation als ein ewiges Recht besitzt, vielleicht bald noch deutlicher zum Ausdruck bringen müssen. Die französischen Sicherheitsforderungen sind immer wieder mit den sog. drei Invasionen begründet worden. Ich will nicht auf die Schuldfrage bei diesen drei Invasionen eingehen, aber wieviele Invasionen hat Deutschland in den Zeiten seiner nationalen Schwäche erlebt? Ist der Lebensraum des deutschen Volkes nicht der Kampfplatz Europas gewesen? Wie oft haben ihn allein die Heere Napoleons I. durchmessen, ganz abgesehen von den Zeiten des französischen Königtums? Die militärische Unsicherheit Deutschlands ist heute größer als zu irgendeiner Zeit des französischen Königtums im 17. und 18. Jahrhundert des französischen Revolutionskrieges und des ersten französischen Kaiserreichs!

Diese Tatsachen müßten der Welt in Erinnerung gerufen werden. Wir werden uns durch keinerlei Verschiebung der Debatte auf Nebengleise, durch keinerlei Erörterung über völkerrechtliche Sicherheitskonstruktionen, von der für uns alles beherrschenden Tatsache abbringen lassen, daß das abgerüstete, von hochgerüsteten Nachbarn umgebene Deutschland der elementarsten Voraussetzungen militärischer Sicherheit entbehrt und daß diese Voraussetzungen bald geschaffen werden müssen. Seit über 12 Jahren warten wir vergeblich darauf, daß die hochgerüsteten Staaten ihre festerlich übernommene Verpflichtung zur Abrüstung erfüllen. Unser Geduld ist jetzt erschöpft.

Die Veröffentlichungen des Reichsaußenministers v. Neurath über die sicherheitspolitischen Forderungen Deutschlands haben auf der Abrüstungskonferenz großes Aufsehen und Ueberraschung erregt und werden als eine offene Ankündigung der deutschen Sicherheitsansprüche und der maßgebenden Richtlinien für die weitere Haltung Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz beurteilt. — Ueber eine etwaige Reise des Reichskanzlers oder des Reichsaußenministers nach Genf ist, wie von zuständiger Berliner Stelle erklärt wird, noch keinerlei Beschluß gefaßt worden.

Braun reißt in die Schweiz

Zu Friedrichshafen, 6. März. Von polizeiamtlicher Seite in Friedrichshafen wird bestätigt, daß der ehemalige preussische Ministerpräsident Braun am Samstag um 15.45 Uhr die Schweizer Grenze in Richtung Romanshorn passiert hat. Braun ist bei der Grenzkontrolle im Besitz eines gültigen Auslandspasses befunden worden.

Opfer politischer Kämpfe

In Duisburg-Hamborn ist ein 45 Jahre alter SA-Führer durch einen Kopfschuss getötet worden, ein SA-Mann erlitt lebensgefährliche Verletzungen. In der Nähe einer Schachtanlage wurde ein unbekannter Mann erschossen aufgefunden. Kommunisten brachten in Essen einem SA-Mann eine schwere Brustverletzung bei. In Köln wurden zwei, in Weißenhof bei Duren ein Kommunist von Nationalsozialisten erschossen. Bei einer Messertochter zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten in Schöneck erlitten 7 Personen zum Teil schwere Verletzungen.

Kleine politische Nachrichten

Kanzlerrede als Auftragsrede für die SPD. Prof. Thüringens. Die sozialdemokratische Presse in Thüringen hat von der Landesregierung als Auftragsrede die Rede des Reichskanzlers Hitler im Berliner Sportpalast erhalten. Sie mußte die Rede am Samstag unter der Überschrift „Rede des Reichskanzlers über den Marxismus“ abdrucken. Ausscheiden der SPD-Mitglieder aus dem Hamburger Senat. Von amtlicher Hamburger Stelle wird mitgeteilt die Reichsregierung hatte den hamburgischen Senat ersucht, ein Verbot des „Hamburger Echo“ auf vierzehn Tage zu erlassen. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats haben geglaubt, diesem Ersuchen nicht Folge leisten zu können und sind, um Hamburg Schwierigkeiten zu ersparen, nach Artikel 88 der hamburgischen Verfassung im Einvernehmen mit den im Senat verbleibenden Senatoren aus dem Senat ausgetreten. Die Marineattachés für London, Rom und Paris ernannt. Mit dem 1. April 1933 werden unter Zuteilung zum Reichswehrministerium zu Marineattachés ernannt: der Kapitän zur See Wagner bei der Botschaft in London, die Korvettenkapitane Boyde bei der Botschaft in Rom, Bever bei der Botschaft in Paris, bisher sämtlich zur Verfügung des Chefs der Marineleitung. Marianen und Karolinen bleiben japanisch. Auf die Frage eines Zeitungsmannes, ob Japan für den Fall seines Austritts aus dem Völkerbund die ehemaligen deutschen Kolonien, die Marianen und Karolinen, an den Völkerbund zurückgeben werde, erklärte der in Berlin weilende japanische Abordnungsführer Matsuo, die beiden Inselgruppen habe Japan von den Alliierten erhalten, bevor der Völkerbund bestanden habe. Die Marianen und Karolinen seien keineswegs Mandatsgebiete (!). Japan habe nicht die Absicht, schon aus strategischen Gründen, die Inselgruppen zurückzugeben.

Oberndorf: NS 7550; SPD 2473; ...
Dehringen: NS 11 688; SPD 1182; ...
Rabensburg: NS 12 509; SPD 1044; ...
Reutlingen: NS 14 573; SPD 9147; ...
Rottenburg: NS 5928; SPD 870; ...
Riedlingen: NS 5399; SPD 256; ...
Rottweil: NS 9558; SPD 3559; ...
Die Kräfteverhältnisse im Württembergischen Landtag auf Grund der Reichstagswahl

Die außerordentlich heftigen Verschiebungen, die die Reichstagswahlen im Stärkerverhältnis der Parteien auch in Württemberg gebracht haben, würden, übertragen auf den Württembergischen Landtag, hier ebenfalls eine sehr wesentliche Veränderung in den Mehrheitsverhältnissen herbeiführen; genauer: es wären nunmehr auch in unserem Landparlament auf der rechten sicheren Mehrheitsverhältnisse gegeben. Schon bisher waren die Nationalsozialisten mit ihren 28 Mandaten die stärkste Landtagsfraktion. Uebrigens man die zahlenmäßigen Ergebnisse der gestrigen Reichstagswahl auf die Verteilung der Sitze im Landtag, so erhielten die Nationalsozialisten ungefähr 28 bis 34 Mandate. Die Deutschen, vorausgesetzt daß die von der schwarz-weiß-roten Kampffront in Württemberg heute erreichte Stimmenzahl bei einer Landtagswahl auch von der Bürgerpartei erzielt werden könnte, kämen auf 3 bis 4 Sitze (bisher 9), während der Bauernbund von seinen bisherigen 9 Mandaten wohl nur noch 3 behielte. Eine knappe Mehrheit dieser rechtsstehenden Parteien und Gruppen wäre jedenfalls gesichert. Verluste in den Mandaten ergäben sich bei einer Uebertragung der Zahlen der Reichstagswahl auf die Parteien und ihre Landtagsfraktionen für den Christlichen Volksdienst, der von seinen drei Mandaten mindestens eines, vielleicht auch zwei verlore, und ebenso für die Deutsche Demokratische Partei, die im Halbmondssaal anstatt mit ihrer jetzigen Gruppe von vier Abgeordneten dann nur noch durch einen Abgeordneten vertreten wäre. Zentrum und Sozialdemokratie würden trotz ihres Stimmengewinnes bei der gestrigen Reichstagswahl gegenüber der Landtagswahl 1932 (ungefähr je 25 000 Stimmen) wohl in gleicher Stärke mit 17 bzw. 14 Mandaten wiederkehren; die Kommunisten könnten möglicherweise von 7 auf 8 Mandate kommen. Eine Mehrheitsbildung der Parteien der Mitte, Zentrum und Demokraten wäre zahlenmäßig noch mehr ausgeschlossen wie bisher, auch wenn der Christl. Volksdienst dabei mitmachte; selbst bei einer Koalition dieser Mittelparteien mit der Sozialdemokratie kämen erst etwa 24-25 Stimmen zusammen, während mindestens 41 zu einer Mehrheitsbildung notwendig sind (Gesamtzahl 90 Mandate).

